

Zu den Sparmassnahmen Spitex (21. November 2013):

«Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Vorstandsmitglied des kantonalen Spitex-Verbands. Ambulant vor stationär: Diesen Grundsatz hat sich der Rat auf die Fahne geschrieben. Auch die Regierung hat sich diesen Grundsatz zu Herzen genommen, aber am falschen Ort, nämlich beim Sparen. Beim Studium der vorgeschlagenen Sparmassnahmen bekam ich den Eindruck, der Regierungsrat wolle diesen Grundsatz begraben. Die Zahlen aus dem Review belegen dies. In der Spitalversorgung – Benchmark 98 – werden von 846 Mio. Franken Nettoausgaben jährlich etwa 27 Mio. Franken gespart. Das entspricht gut 3 %. In der Psychiatrie – Benchmark 129 – werden von 169 Mio. Franken jährlich knapp 3 Millionen gespart, was 1,7 % entspricht. An die ambulante Krankenpflege, zu der nebst der Spitex auch Samaritervereine, Mütterberatung usw. gehören, hat der Kanton 2010 exklusive Rettungsdienste 66 Mio. Franken ausgeschüttet. Von diesen Nettoausgaben will der Regierungsrat jetzt 20 Mio. Franken bei der Spitex einsparen. Das entspricht satten 30 %. Und dies bei einem Benchmark von 88, der nota bene unter den angepeilten 92 % liegt. Wir haben in der Motion mit der Kompensation der 7,7 Mio. Franken hälftig bei der Spitalversorgung und bei der Psychiatrie einen Vorschlag gemacht. An dieser Stelle geht es zunächst nur um die Kompensation, also um Ziffer 1b der Motion. Seitens der FIKO liegt jetzt ein anderer mehrheitsfähiger Vorschlag auf dem Tisch, der den Betrag annähernd abdeckt; ich meine die Streichung der Mitfinanzierung des Aufenthalts nicht mehr spitalbedürftiger Personen. Auch wenn es weh tut, kann ich mit diesem Vorschlag leben, gerade auch unter der Berücksichtigung des erwähnten Benchmarks 129 der Psychiatrie. Wichtig ist dabei aber die Bemerkung im FIKO-Bericht, die Massnahmen zum Ausbau der ambulanten Pflege in der Psychiatrie wurden unangetastet bleiben, ganz im Sinn des Grundsatzes ambulant vor stationär [...].»

«Wir dürfen die demografische Entwicklung auch in Zeiten des Sparens nicht einfach ausblenden. Es ist eine Tatsache: in rund 25 Jahren, also 2040, wird fast jeder dritte Berner, jede dritte Bernerin über 65 Jahre alt sein. Heute ist es erst jeder fünfte oder jede fünfte. Wir können gar nicht anders, als den Bereich ambulante Pflege weiter zu fordern. Dazu braucht es eine starke und leistungsfähige Spitex. Das sieht die Regierung eigentlich auch so. Ich zitiere aus dem Geschäftsbericht 2012: «Die aktuelle Pflegeheimplanung des Kantons geht langfristig von maximal 15'500 Plätzen in Alters- und Pflegeheimen aus. Um diese Maximalzahl an Pflegeheimplätzen trotz des demografischen Wachstums nicht zu überschreiten, muss die Forderung von alternativen Angeboten, zum Beispiel Spitex, weiter vorangetrieben werden.» Die Sparvorschläge stehen im Widerspruch zu diesem klaren Bekenntnis zur Spitex. Es besteht aber Grund zur Hoffnung, dass wir heute immerhin in Bezug auf die Versorgungspflicht weitsichtig sind und weitgehend auf Sparmassnahmen verzichten. Das ist wichtig. Eine Studie belegt nämlich, dass die Abgeltung der Versorgungspflicht an die öffentliche Spitex im Kanton Bern bereits heute zu tief ausfällt. Weniger Weitsicht zeichnet sich leider in Sachen hauswirtschaftliche und sozialbetreuerische Leistungen HWSL ab. Ich möchte zunächst ein paar Dinge klarstellen. HWSL ist nicht einfach Putzen. Auch diese Leistungen werden ärztlich verordnet. HWSL sind der Grundpfeiler in der ambulanten Grundversorgung. Ein organisierter und funktionierender Haushalt ist unabdingbare Voraussetzung für eine wirkungsvolle Pflege. 30 bis 60 % der HWSL-Patienten beziehen, je nach Region im Kanton, Ergänzungsleistungen. Ergänzungsleistungen, die jetzt schon auf einem Benchmark von 115 sind. Mit dem Wegfall der Unterstützung durch den Kanton werden die Kosten für viele Patientin-

nen und Patienten im Bereich HWSL zu hoch. Folglich werden sie auf Leistungen verzichten müssen. Ihr Gesundheitszustand wird sich verschlechtern, pflegende Angehörige werden der Situation irgendwann einmal nicht mehr gewachsen sein; Verwahrlosungen, frühzeitige Heim- und Spitaleintritte werden die Folge sein mit allen finanziellen Konsequenzen für unsere Volkswirtschaft. Die öffentliche Spitex steht im Wettbewerb mit privaten Anbietern. Das ist gut so, ich befürworte diesen Wettbewerb und will nicht öffentliche und private Spitex gegeneinander ausspielen. Die Zusammenarbeit vor Ort funktioniert gut, aber es braucht gleich lange Spiesse. Es ist eine Illusion zu glauben, private Spitex-Organisationen würden bei den HWSL zu günstigeren Preisen in die Bresche springen. Sie werden es nur dort tun, wo sich die Einsätze rentieren. Kurzeinsätze mit langen Anfahrtszeiten werden sie weder leisten wollen noch können. In mehreren Kantonsregionen wird es zu einer Unterversorgung kommen. Ein Hinweis: Im Berner Jura, der nach der Abstimmung am Wochenende sicher beim Kanton Bern bleiben wird, gibt es keine einzige private Spitex-Organisation. Eine Falschinformation möchte ich ebenfalls aus der Welt schaffen, die teilweise zur Rechtfertigung der Sparmassnahmen bei der Spitex ins Feld geführt worden ist. Mehrere öffentliche Spitex-Verbände sollen teils massive Gewinne gemacht haben, heisst es. Diese Aussage ist klar falsch. Ich habe Spitex-Organisationen überprüft, die 85 % der Einwohner abdecken. Von den untersuchten Organisationen gab es einen einzigen Ausreisser nach oben mit über 20 % Gewinn pro Umsatz. Bei allen anderen Organisationen lag der Gewinn zum Teil deutlich darunter. Im Durchschnitt haben die 53 Organisationen einen Gewinn von 2,5 % im Verhältnis zum Gesamtumsatz gemacht, was nicht wahnsinnig hoch ist. Aber selbst dieser Gewinn ist zu relativieren, weil teilweise Spenden und Legate darin enthalten sind, die erstens zweckgebunden und zweitens nicht budgetierbar sind. Der Betrieb muss auch aufrechterhalten werden können, wenn einmal keine Spenden hereinkommen. Das ist nicht nur beim FC Basel und Gigi Oeri so, sondern auch bei der Spitex. Mit den erwähnten Gewinnen verdient sich niemand eine goldene Nase, und auch die öffentliche Spitex muss ab und zu Investitionen tätigen. Eine letzte Illusion möchte ich Ihnen nehmen: Es wird behauptet, strukturelle Massnahmen wie Fusionen von Spitex-Verbanden könnten zu Kosteneinsparungen führen. Sie müssen sich bewusst sein: Im Kanton Bern sind innerhalb der letzten zehn Jahre Fusionen durchgeführt worden, mit denen die Anzahl Spitex-Organisationen von 124 auf 53 reduziert wurde. Hier tendiert das Potenzial schlicht gegen Null. Ich bitte Sie, im Sinn einer nachhaltigen Gesundheitspolitik mindestens dem Antrag der FIKO betreffend Versorgungspflicht Pflege und dem Antrag SVP, BDP, FDP und EDU betreffend Versorgungspflicht HWSL zuzustimmen.»